20. Juni 2025

Sommersession 2025: Nationalrat will mehr Transparenz in der Sozialpartnerschaft

Hier finden Sie den Rückblick auf die aktuelle Session des National- und Ständerates aus Sicht des Schweizerischen Baumeisterverbandes mit den für die Bauhauptunternehmen wichtigsten Traktanden.

Nationalrat

Nr.	Titel	Entscheid Rat	Haltung SBV zum Entscheid
24.060	«200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)». Volksinitiative (Geschäft des Bundesrates)	Ablehnung	
18.455	Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen (Parlamentarische Initiative)	Ablehnung	
25.3429	Temporärbranche nicht weiter von der Schlechtwetterentschädigung ausschliessen (Motion)	Annahme	
23.3224	Institutionelle Reform der Wettbewerbskommission (Motion)	Annahme	
23.047	Kartellgesetz (KG). Änderung (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
24.096	Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen) (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
24.097	Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Einsicht in die Jahresrechnung der für die gemeinsame Durchführung verantwortlichen Organe) (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	
25.022	"Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)". Volksinitiative (Geschäft des Bundesrates)	Ablehnung	

Ständerat

Nr.	Titel	Entscheid Rat	Haltung SBV zum Entscheid
25.3233	Justierung der Schuldenbremse des Bundes (Motion)	Zuweisung an Kommission	
24.074	UVG (Finanzierung der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer). Änderung (Geschäft des Bundesrates)	Annahme	

22.4199	Anpassung der Bauarbeitenverordnung hinsichtlich der Notwendigkeit zur Einreichung eines Gesundheits- und Sicherheitsschutzkonzeptes (Motion)	Änderung	
25.3423	Freibetrag nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters erhöhen und regelmässig anpassen (Motion)	Annahme	
25.3424	Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen (Motion)	Annahme	
25.3153	Aufgabenteilung im Bereich Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz wieder auf den Kerngehalt der NFA I und der Verfassung zurückführen (Motion)	Annahme	
24.073	Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente (Geschäft des Bundesrates)	Änderung	
24.3820	Gesundheitsschutz der Bauarbeitenden stärken, Fristen bei Hitzewellen verlängern (Motion)	Zuweisung an Kommission	
24.082	Für eine soziale Klimapolitik - steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft). Volksinitiative (Geschäft des Bundesrates)	Ablehnung	

Nationalrat

24.060 «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

Der Nationalrat empfiehlt zum Unverständnis des SBV die Volksinitiative zur Ablehnung. Wer den Baustellenalltag kennt, weiss, wie realitätsfremd die Idee ist, dass Bauunternehmen eine umsatzabhängige Steuer für den Konsum von Fernseh- und Radioprogrammen zahlen müssen. Auf dem Bau weisen viele Verbotsschilder darauf hin, dass aus Sicherheitsgründen während der Arbeit kein Radio und erst recht kein TV konsumiert werden darf. Ohnehin ist bei vielen Arbeiten das Tragen eines Gehörschutzes oder von Ohrenstöpseln Pflicht. Selbst wenn ein Bauunternehmen so tief in den Berg hinein Tunnel baut, dass nicht einmal das Radiosignal durchdringt, muss es eine umsatzabhängige Mediensteuer in vier- bis fünfstelliger Höhe zahlen.

18.455 Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen

Mit dem Nichteintreten des Nationalrats ist das Geschäft erledigt. Das ist gut so. Eine selbstständige Erwerbstätigkeit ohne soziale Absicherung sollte weiterhin nur Personen zugänglich sein, die aus einer unabhängigen Position heraus tätig werden.

25.3429 Temporärbranche nicht weiter von der Schlechtwetterentschädigung ausschliessen

Der SBV kann die Annahme der Motion nicht nachvollziehen und hofft, dass der Ständerat korrigierend eingreifen wird. Eine Ausweitung des Anspruchs auf Temporärarbeitende würde eine unübersichtliche und kostenintensive Bürokratie zur Folge haben. Zudem wäre eine wirksame Kontrolle schwierig.

23.3224 Institutionelle Reform der Wettbewerbskommission

Der Nationalrat ist seiner Kommission gefolgt und hat die Motion angenommen. Damit ist das Geschäft abschliessend behandelt. Der SBV begrüsst dieses Signal des Parlaments, dass eine Reform der Wettbewerbsbehörden dringend angezeigt ist. Der Bundesrat hat eine entsprechende Vernehmlassung Mitte Juni eröffnet. Die Vernehmlassung basiert auf den Empfehlungen einer vom Bund eingesetzten Expertengruppe, die diverse organisatorische Mängel bei den Wettbewerbsbehörden festgestellt hat. Der SBV wird eine Eingabe zur Vernehmlassung einreichen.

23.047 Kartellgesetz (KG). Änderung

Neben der Reform der Wettbewerbsbehörden (23.3224) hat sich der Nationalrat mit dem Kartellgesetz befasst. Die Art. 5, Abs. 1bis und Art. 7, Abs. 3 sollen gemäss der Kommissionsmehrheit angepasst werden. Heutzutage genügt für eine Verurteilung in Kartellrechtsverfahren bloss eine pauschale Analyse von formellen Indizien. Die Vorschläge der Kommission hingegen etablieren, dass der Einzelfall geprüft wird. Die Weko muss dabei sowohl qualitative als auch quantitative Hinweise analysieren. Dies wäre ein wesentlicher Schritt zu mehr Rechtsstaatlichkeit. Damit besteht eine Differenz zum Ständerat. Dem üblichen Prozedere folgend wird als nächstes die ständerätliche Kommission versuchen, die Differenz zu begleichen. Der SBV setzt sich dafür ein, dass sie der Lösung des Nationalrats folgt.

24.096 Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen)

Der SBV nimmt die klare Zustimmung des Nationalrats zur Vorlage mit Zufriedenheit zur Kenntnis. Nur ein expliziter Anwendungsvorrang von Mindestlöhnen in ave GAV gegenüber kantonalen Mindestlöhnen setzt die Motion Ettlin um und gewährleistet den geforderten Schutz der Sozialpartnerschaft. Ein solcher Anwendungsvorrang ist notwendig und verfassungskonform.

24.097 Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Einsicht in die Jahresrechnung der für die gemeinsame Durchführung verantwortlichen Organe)

Der Nationalrat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, durch die Veröffentlichung der Jahresberichte der paritätischen Kommissionen mehr Transparenz in der Sozialpartnerschaft zu schaffen. Der vom SBV unterstützte Minderheitsantrag, der die Einsicht in die Jahresberichte darüber hinaus auch elektronisch möglich machen wollte, wurde leider abgelehnt.

25.022 „Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)"

Der Nationalrat hat die Klimafonds-Initiative mit grosser Mehrheit abgelehnt und ist damit den Argumenten des Bundesrates in seiner Botschaft gefolgt, die auch der SBV unterstützt. Die Initiative geht zu weit und ihre Forderungen sind unrealistisch. Ein neuer Fonds ist nicht notwendig. Es gibt bereits eine Vielzahl von Instrumenten dank der zahlreichen Spezialgesetze mit gezielten Zielen und Bedürfnissen. Die Schaffung eines solchen Fonds ist unverhältnismässig. Sie würde zu einer Neuverschuldung des Bundes führen und die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse schwächen. Die Initiative muss nun vom Ständerat beraten werden.

Ständerat

25.3233 Justierung der Schuldenbremse des Bundes

Die Schuldenbremse hat sich bewährt. Ihre Einfachheit hat zu einer moderaten Staatsverschuldung und einer hohen Beliebtheit im Volk geführt. Die vorgeschlagenen antizipativen Elemente würden die Handhabung der Schuldenbremse verkomplizieren, ihre Akzeptanz damit schmälern. Eine Anpassung der Schuldenbremse würde die Tür für weitere Änderungswünsche öffnen, wodurch sie letztlich geschwächt werden könnte. Der Ständerat hat das Geschäft an seine Kommission überwiesen. Der SBV sieht diesen Schritt positiv, da er den Weg für eine vertiefte Analyse ebnet.

24.074 UVG (Finanzierung der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer). Änderung

Wie zuvor der Nationalrat, hat auch der Ständerat mit klarer Mehrheit der Schaffung eines neuen Artikels 67b im Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) zugestimmt. Dieser ermöglicht, dass die Suva die Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer EFA auf Antrag finanziell unterstützen kann. Der SBV begrüsst dies, auch weil die Finanzierung dabei ausschliesslich aus Ertragsüberschüssen der Suva erfolgt und daher keinen Einfluss auf die Höhe der Suva-Prämien hat.

22.4199 Anpassung der Bauarbeitenverordnung hinsichtlich der Notwendigkeit zur Einreichung eines Gesundheits- und Sicherheitsschutzkonzeptes

Der SBV nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Motion in der abgeänderten Fassung angenommen worden ist. Dies hat den Vorteil, dass für wiederkehrende Arbeiten von geringem Umfang ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzkonzept in Form eines Standardkonzepts erstellt werden kann. Damit wird der administrative Aufwand für den Bausektor zu reduziert. Die ursprüngliche Vorlage hätte die SUVA laut Selbstauskunft erst gar nicht umsetzen können.

25.3423 Freibetrag nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters erhöhen und regelmässig anpassen / 25.3424 Freiwillige Weiterarbeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters in der AHV attraktiver machen

Angesichts des Fachkräftemangels ist es wichtig, die Weiterarbeit über das ordentliche Rentenalter hinaus durch verschiedene Massnahmen finanziell attraktiver zu gestalten. Der SBV erachtet die Annahme beider Motionen als wichtiges politisches Signal und ist zuversichtlich, dass der Nationalrat der Meinung des Ständerats folgen wird.

25.3153 Aufgabenteilung im Bereich Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz wieder auf den Kerngehalt der NFA I und der Verfassung zurückführen

Die Direktanwendung von ISOS führt derzeit zu Baublockaden und verhindert damit vielerorts den dringend benötigten Wohnungsbau. Dies zeigt sich nicht nur in Städten, sondern auch in diversen Landgemeinden. Dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, um wieder Planungs- und Rechtssicherheit zu erhalten, war in der Ratsdebatte unbestritten.

Ob der Vorstoss jedoch der schnellste Weg zur Lösung des Problems ist, darüber herrschte Uneinigkeit. Mit dem klaren Ja zur Motion wurde der Handlungsbedarf nochmals bekräftigt. Aus Sicht des SBV führt aber die Einschränkung der ISOS-Direktanwendung über eine Änderung der Verordnung über ISOS (VISOS) am schnellsten zum Ziel. Dies ist eine der Massnahmen, die am Runden Tisch ISOS vom 5. Juni 2025 besprochen wurde und von allen Teilnehmenden unterstützt wird.

24.073 Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente

Der Ständerat hat in der Sommersession eine schrittweise Erhöhung der Lohnabgaben um 0.4 Prozent sowie der Mehrwertsteuer um 1.0 Prozent beschlossen. Diese happigen Aufstockungen sollen nicht nur die 13. AHV-Rente, sondern auch eine allfällige Annahme der Volksinitiative «Ja zu fairen AHV-Renten» und damit die Abschaffung der Plafonierung für Ehepaare finanzieren. Wird letztere Initiative abgelehnt, steigen die Lohnabgaben um 0.4 Prozent und die Mehrwertsteuer um 0.5 Prozent. Der SBV setzt sich dafür ein, dass die Mehrkosten ausschliesslich über eine höhere Mehrwertsteuer und strukturelle Reformen finanziert werden anstatt durch jedwede Erhöhung der Lohnabgaben. Zudem ist darauf zu achten, dass die Vorlage zur Finanzierung der 13. AHV-Rente nicht mit der Initiative «Ja zu fairen AHV-Renten» vermischt wird. Der Nationalrat wird den Vorschlag des Ständerats hoffentlich ablehnen.

24.3820 Gesundheitsschutz der Bauarbeitenden stärken, Fristen bei Hitzewellen verlängern

Der Ständerat hat sich dafür entschieden, das Geschäft nochmals an seine Kommission zu überweisen. Die Kommission hat nun abzuklären – idealerweise im Rahmen einer Anhörung betroffener Vertreter der Baubranche – in welchem Umfang auch die Politik gefordert ist, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die Unternehmen bei hitzebedingten Terminverzögerungen vor Konventionalstrafen schützt. Der SBV begrüsst dieses Vorgehen. Zwar hat sich der «Runde Tisch Hitze» – bestehend aus Baumeistern, Gewerkschaften und Bauherren – am 12. Mai 2025 in einem Konsultativentscheid dafür ausgesprochen, die Baustellenverordnung (BauAV), die KBOB-/ IPB-Empfehlung sowie die SIA-Norm 118 anzupassen. Da diese Dokumente jedoch lediglich Empfehlungscharakter haben, braucht es auch einen Entscheid auf politischer Ebene. Heute werden die Bestimmungen der SIA-Norm 118 in Bezug auf die Bestimmungen zur Fristerstreckung und Konventionalstrafe in den Werkverträgen oftmals wegbedungen.

24.082 Für eine soziale Klimapolitik - steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)

Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat die Initiative ohne Gegenvorschlag abgelehnt. Der SBV lehnt diese Juso-Initiative ab. Sie fordert eine 50 Prozent-Steuer auf Erbschaften von über 50 Millionen Franken. In der Baubranche würden dadurch manche familiengeführten Unternehmen bei der Übergabe an die nachrückende Generation in Liquiditätsengpässe geraten. Die Verknüpfung mit der Klimapolitik ist sachfremd, das Ziel der Initiative ist letztlich die Umverteilung von Vermögen.

Ihre Ansprechpersonen beim SBV

Leiter Politik und Kommunikation
Lukas Oesch
Tel. 058 360 76 30
lukas.oesch@baumeister.ch

Klima, Energie und Umwelt
Louis Ducret
Tel. 058 360 77 01
louis.ducret@entrepreneur.ch

Arbeitsrecht und Sozialversicherungen / Infrastruktur und Mobilität
Matthias Engel
Tel. 058 360 76 35
matthias.engel@baumeister.ch

Raumplanung und Wohnungsbau
Romana Heuberger
Tel. 058 360 76 36
romana.heuberger@baumeister.ch

Wirtschaft und Finanzen
Martin Maniera
Tel. 058 360 76 40
martin.maniera@baumeister.ch

Schweizerischer Baumeisterverband
Weinbergstrasse 49 / Postfach
8042 Zürich